



Russische Innenpolitik – Systemanalytische Überlegungen

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

August 2017

Zusammenfassung

Im Juli veröffentlichten zwei russische Experten für Innenpolitik im Hinblick auf die Präsidentenwahl 2018 zwei bemerkenswerte Analysen, deren Hauptaussagen folgendermaßen zusammengefasst werden können: Das russische politische System steht vor der Notwendigkeit einer dringenden Neuausrichtung. Das gegenwärtige politische System befindet sich im Übergang von einem relativen Gleichgewichtszustand in einen anderen, der sich in den kommenden beiden Jahren einstellen dürfte. Nikolaj Petrow stellt in Russland eine führerbasierte Legitimität fest, die stärker ist als die elektorale Legitimität. Um der Legitimitätsfalle zu entgehen, wird Putin die Rhetorik der „belagerten Festung“ Russland verstärkt einsetzen.

Laut Tatajana Stanowaja hat sich ein neues Entscheidungsfindungsmodell herausgebildet. Den innersten Kreis des Präsidenten füllen keine Mitarbeiter mehr, sondern Exekutoren, die nicht viel fragen. Stanowaja geht davon aus, dass es nach 2018 und in den Folgejahren zu einer Entpersonalisierung des Putinschen Regimes kommen wird. Die autoritäre Rolle der Person wird zu einer Institutionalisierung gezwungen werden, bei der für die „Stabilisierung“ nicht mehr der Präsident persönlich kämpft, sondern das geschaffene System.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Systemanalytische Überlegungen

Am 21. Juli veröffentlichte der bekannte Experte für russische Innenpolitik, Nikolaj Petrow, eine ausführliche Analyse des gegenwärtigen politischen Systems Russlands.¹ Von 1996 bis 2013 leitete er das Programm „Gesellschaft und Regionen“ vom Moskauer Carnegie Center. Seither ist er Professor am Institut für Politikwissenschaft der Nationalen Forschungsuniversität-Hochschule für Wirtschaft in Moskau, die der russischen Regierung untersteht.

Petrow sieht das russische politische System vor der Notwendigkeit einer dringenden Neuausrichtung. Die Transformation wurde angestoßen durch die massenhaften Proteste am 6. Mai 2012 auf dem Bolotnaja-Platz in Moskau. Die Präsidentschaftswahlen vom März 2012 beseitigten nicht die Legitimitätskrise, die im September 2011 mit der Ankündigung einer Rückkehr Putins auf den Präsidentenposten akut geworden war.

Petrow bezeichnet das heutige politische System in Russland, das sich „wesentlich“ von jenem vor fünf Jahren zu Beginn von Putins derzeitiger dritter Amtszeit unterscheidet, als „sultanistisch“. Die markante Transformation des Regimes, die sich allmählich angebahnt hatte, erfolgte laut Petrow 2014 mit der „Einnahme der Krim und dem Übergang zu einer heftigen Konfrontation mit dem Westen“. Diese Aussage kann dahingehend vertiefend weitergeführt werden, dass es einen inneren politischen Zusammenhang zwischen der Krimannexion und der Konfrontation mit dem Westen gibt. Die Vereinnahmung der Krim war eine spontane, emotionale und nicht bis zum Ende durchdachte Reaktion des Kreml auf den erfolgreichen Systemwechsel in Kiew durch den Majdan, hinter dem die Ukrainer standen, die eine offene und demokratisch-pluralistische Gesellschaft wollten und nicht das russische eurasische Modell.

Durch die Krimannexion stiegen die Umfragewerte Putins bis auf 86 % und halten sich seither auf hohem Niveau. Die russischen Nationalisten bekamen Auftrieb – allerdings kritisieren sie inzwischen den Präsidenten dafür, dass er die Schaffung des Projekts „Noworossija“ („Neurussland“) in der Ostukraine aufgegeben hat.

Damit die Nationalisten es nicht zu weit treiben, forderte die Generalstaatsanwaltschaft am 7. Juli von Roskomnadsor, dem Föderalen Dienst für die Aufsicht im Bereich Kommunikation, die Internetseiten „nationalistischer Ausrichtung“ zu blockieren, darunter die Seiten „Sputnik i pogrom“, „Russkij sektor“ und „Prawy wsgljad“ („Rechte Ansicht“).²

Der Einfluss der russischen Nationalisten ist nicht zu unterschätzen. So schaffte es der ehemalige Verteidigungsminister (April-Juni 2014) der „Volksrepublik Donezk“, Igor Strelkow (Kampfname Girkin), am 24. März 2016 an der Abschlussdiskussion des Moskauer Wirtschaftsforums teilzunehmen. Am 20. November 2014 hatte Strelkow in der nationalistischen Wochenzeitung „Sawtra“ („Morgen“) mit seiner damaligen Rolle in der Ukraine geprahlt: „Den Auslöser des Krieges habe ich gedrückt. Das Schwungrad des Krieges, der bis heute in Gang ist, setzte praktisch unsere Einheit in Gang. Wir haben alle Karten gemischt, die auf dem Tisch lagen. Alle!“³ Auf dem Konferenzpodium forderte Strelkow am 24. März 2016 die Bildung einer „dritten wirklichen

¹ <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen339.pdf>

² <https://www.novayagazeta.ru/articles/2017/07/06/73028-ispolzovany-i-vybrosheiny>

³ <http://zavtra.ru/content/view/kto-tyi-strelok/>



Kraft, welche die nationalen Interessen Russlands verteidigt“. Diese dritte Kraft müsse schnell geformt werden, da die Krise in ihre entscheidende Phase trete.⁴

Der bekannte russische Regisseur Andrej Kontschalowskij, Sohn des Schriftstellers Sergej Michalkow, der im Auftrag Stalins den Text für die Nationalhymne geschrieben hat, und Bruder des Filmemachers Nikita Michalkow, meinte im SPIEGEL-Gespräch am 22. Juli, dass Putin anfangs ein Westler gewesen sei, dem es aber schwerfalle, einen Staat zu führen, dessen Bewohner „keine Vorstellung von Demokratie besitzen, die nicht an der Leitung des Staates teilnehmen und die gemäß einer unerschütterlichen Tradition freiwillig alle Macht an einen einzigen Menschen delegieren und dann darauf warten, dass sich die Macht um sie kümmert, selbst aber nichts tun“.⁵

Im Zuge der Konfrontation mit dem Westen wurde in den letzten drei Jahren der Druck auf die NGOs erhöht. Im Juli konnten nun Bürgerrechtler einen geringeren Druck der Staatsmacht auf die NGOs feststellen.⁶ Im Jahr 2017 seien deutlich weniger NGOs als ausländische Agenten gelistet worden als in den Vorjahren, einigen gelang sogar ihre Entlistung. Auch die Anzahl der Überprüfungen ist stark zurückgegangen. Experten meinen, dass die Behörden eine neue Herangehensweise an das Zusammenwirken mit der Gesellschaft überlegen.

Führerbasierte Legitimität

Petrow stellt in Russland eine führerbasierte Legitimität fest, die stärker ist als die elektorale Legitimität. Er entwirft zwei Auswege für Putin, um aus der Legitimitätsfalle herauszukommen, denn nur mit einem normalen, wenn auch guten Wahlergebnis 2018 würde er als schwacher lider (russ.) wahrgenommen: Putin tritt nicht selbst zur Präsidentenwahl an, sondern er stellt jemand anderes auf und übernimmt selbst die Rolle eines informellen Führers nach dem Vorbild Deng Xiao Pings damals in China und – es kann vielleicht hinzugefügt werden - wie heute Jaroslaw Kaczyński in Polen. Doch dafür gibt es in Russland keine Tradition. Oder Putin verwandelt die Präsidentenwahl in eine Art Plebiszit, in dem er sich als Retter Russlands aus einer fürchterlichen Gefahr stilisiert. Dabei sind zwei plebiszitäre Grundmodelle vorstellbar, ein Ende der Konfrontation mit dem Westen und die Umsetzung wirksamer Wirtschaftsreformen oder aber ein verstärkter Einsatz der Rhetorik von einer „belagerten Festung“ Russland, was wahrscheinlicher ist.

Das politische System Russlands ist höchst konfliktreich, und das in jüngster Zeit in zunehmendem Maße. Petrow stellt Konflikte sowohl in der Horizontale wie in der Vertikalen fest. Da der zu verteilende Renten-Kuchen immer kleiner wird, werden die Konflikte innerhalb der Elite intensiver. Das bestehende System verfügt über keine integralen Mechanismen zur Verteilung des Eigentums und der Einnahmen. Es wird derzeit initiativ und per Handsteuerung verteilt. „Der Zwang zum schnellen Reagieren und zu Entscheidungen, wenn Mechanismen zum Interessenausgleich zwischen den Elitegruppen fehlen, führt immer häufiger zu einem einseitigen Vorgehen der einzelnen Clans in der Elite.“ Auch zwischen den einzelnen Silowiki-Korporationen werden die Konflikte schärfer. Petrow verweist auf die Konflikte zwischen dem FSB und dem Ermittlungskomitee auf der einen Seite und dem Innenministerium auf der anderen Seite sowie zwischen dem Ermittlungskomitee und der Generalstaatsanwaltschaft.

⁴ <http://me-forum.ru/media/events/mef-2016-plenarnaya-diskussiya-iv/>

⁵ Der Spiegel, Nr. 30/2017, S. 130.

⁶ http://www.ng.ru/politics/2017-07-26/1_7037_nko.html



Laut Petrow werden alle „irgendwie bedeutsamen Entscheidungen“ entweder von Putin persönlich getroffen oder in Abstimmung mit ihm. Weder das Eine noch das Andere bedeuten Leichtigkeit oder Eindeutigkeit. „Daher gibt es praktisch kaum Fälle, in denen wichtige Entscheidungen, die die Interessen unterschiedlicher Elitegruppen oder -clans berühren, ein für alle Mal getroffen werden.“ Personal- und Strukturentscheidungen können im Modus von „Spezialoperationen“ getroffen und umgesetzt werden. Nutznießer dieser Entscheidungen können unterschiedliche Korporationen und Elitegruppen sein, aber immer der Reihe nach, damit das „allgemeine Kräftegleichgewicht“ nicht gestört wird. Die Ausnahmen sind Ramsan Kadyrow, das Oberhaupt Tschetscheniens“ und Igor Setschin, der Aufsichtsratsvorsitzende von „Rosneft“, die beide systematisch gewinnen.

Petrow vergleicht das derzeitige Regime mit einer Krabbe während der Häutung, denn es findet ein Wechsel der Spielregeln hinsichtlich der Eliten statt, denn das Regime hat den früheren institutionellen Rahmen aufgegeben, aber noch keinen neuen errichtet. Dies ermöglicht Flexibilität und Lenkbarkeit, aber auch höhere Risiken bis zur unausweichlich nötigen Schaffung einer neuen Institutionalisierung in allernächster Zukunft. Petrow kommt zu dem Ergebnis, dass sich das gegenwärtige politische System im Übergang befindet von einem relativen Gleichgewichtszustand in einen anderen, der sich in den kommenden ein bis zwei Jahren einstellen dürfte.

Elitenrotation

Tatjana Stanowaja, Leiterin der Analyseabteilung des Moskauer „Zentrums für politische Technologie“, stellt in ihrer langen Untersuchung der Putin-Eliten 2014-2024 vom 26. Juli neben der allgemeinen Zunahme der Konflikte innerhalb der Staatsmacht in den letzten zwei Jahren noch einen mächtigen Faktor fest, die Rotation der Eliten.⁷ Diese neue Tendenz besteht im Weggang von Putin nahe stehenden Gefährten aus einflussreichen Posten in formal viel schwächere Positionen.

Den Anfang macht 2015 der Chef der „Russischen Eisenbahnen“, Wladimir Jakunin. Es folgten das Oberhaupt des Geheimdienstcharakter habenden „Föderalen Dienstes für Sicherheit“ Jewgenij Murow, der Chef der Außenwirtschaftsbank Wladimir Dmitrijew, der Direktor des Föderalen Zolldienstes Andrej Beljaninow und der Leiter der Präsidialadministration Sergej Iwanow. Für den Kreml war beim personellen Wechsel meistens Ineffizienz der Tätigkeit der betreffenden Personen maßgebend oder die Vernachlässigung von entscheidenden Problemen im beruflichen Umfeld. Hinzu kam die Änderung der Anforderungen des Kreml, vor allem persönlich Putins. Zum ersten Mal seit vielen Jahren ist ihm Effektivität wichtiger als Loyalität. Loyalität wird nicht mehr der Person gegenüber definiert, sondern dem System. In früheren Zeiten war mit der Entlassung eines „Freundes“ Putins immer eine beträchtliche Kompensation, auch eine öffentliche Ehrung verbunden. Jetzt erfolgt der Abgang nicht nur routiniert, sondern auch erniedrigend.

Die Basis des reifen politischen Regimes Putin bilden laut Stanowaja die Technokraten. An die Stelle der ausgeschiedenen einflussreichen Personen setze Putin Technokraten von geringerem politischem Gewicht. Vor dem Hintergrund der Konflikte in der Ukraine und in Syrien ist es dringend erforderlich, die Verwaltungskosten innerhalb des Landes zu reduzieren, Energie, Zeit und Ressourcen zu sparen. Das alte Managementmodell zusammen mit den Kollegen verlangte zu viel Aufmerksamkeit, Streitigkeiten zu regeln, verbrauchte viel Energie für Diskussionen und die Entscheidungsfindung, und die Lösungen selbst waren schwieriger geworden. Der

⁷ <http://carnegeie.ru/2017/07/26/ru-pub-72625>

Präsident handelte in Subjekt-Subjekt-Beziehungen mit denen, die den Status des informellen Beraters hatten. Die geopolitischen Krisen führen dazu, dass die Treffen mit den Beratern seltener stattfinden, aber mit den Geheimdiensten täglich.

Es bildete sich ein neues Entscheidungsfindungsmodell heraus, das vertikale, das für den Präsidenten bequemer ist. Den innersten Kreis des Präsidenten füllen keine Mitarbeiter mehr, sondern Exekutoren, die nicht viel fragen. Die Psychologie Putins zu seiner Umgebung hat sich verändert. Es gibt keine emotionale Bindung mehr zu Personen, mit denen er ein Dutzend von Jahren auf gleicher Ebene verbracht hat. Putin bewegt sich auf diejenigen Personen zu, die ihm dienen, und er entfernt sich von denjenigen Personen, die aufgrund ihrer Ressourcen Mitarbeit beanspruchen. Putin braucht keinen Rat mehr, sondern Informationen und diejenigen, die ohne unnötige Energie zu verbrauchenden Direktiven ausführen.

Stanowaja geht davon aus, dass es nach 2018 und in den Folgejahren zu einer Entpersonalisierung des Putinschen Regimes kommen wird. Die autoritäre Rolle der Person wird zu einer Institutionalisierung gezwungen werden, bei der für die „Stabilisierung“ nicht mehr der Präsident persönlich kämpft, sondern das geschaffene System.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im August 2017 im Newsletter „Russland intern aktuell“ Nr. 99 des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider